

FORUM

Vignette: Notwendige Erhöhung oder nur Abzockerei?

Zur Erhöhung des Preises der Autobahnvignette, Abstimmung vom 24. November

Ein Aufschlag auf 50 Franken für die nächsten 8 bis 10 Jahre wäre genug und würde auch von einfachen Bürgern, wie ich einer bin, für in Ordnung befunden. Der letzte Aufschlag von 10 Franken liegt auch schon einige Jahre zurück und wurde vom Volk akzeptiert. Der geforderte Aufschlag macht schon Schule. Die Gemeinderäte von Hergiswil möchten gemäss Medienberichten ihren Lohn auch verdoppeln. Weitere Aufschläge dieser Grössenordnung werden folgen. Das nennt man Abzockerei. Würden in der Privatwirtschaft solche über-

rissenen Aufschläge gemacht, z. B. das Zeitungsabonnement von 416 Franken auf 915.20 Franken, dann hätte das zur Folge, dass kaum jemand noch ein Abo kaufen würde. Bei Aufschlägen in dieser Grössenordnung würden die Umsätze wahrscheinlich um 90 Prozent einbrechen, was in der Privatwirtschaft unweigerlich zum Konkurs führen würde.

ERICH SIEGRIST, BECKENRIED

Mit einer Preiserhöhung von 150 Prozent werden alle Grenzen überschritten. Wir werden laufend mit höheren Krankenkassenprämien, Gebühren und weiteren Abgaben konfrontiert.

LEO BURRI, STANS

Wieso bin ich als Autofahrer und Familienvater klar für die Preiserhöhung der Autobahnvignette auf 100 Franken? Die sozialen und mithin durch die gesamte Gesellschaft zu tragenden Kosten werden seit der Erfindung des Verbrennungsmotors im 19. Jahrhundert in keiner Art und Weise verursachergerecht zugeteilt. Bei einer vollständigen Abwälzung sämtlicher externer Kosten könnte sich ein Normalverdiener das Autofahren kaum mehr leisten, und die Ottomotoren würden rasch verstummen. Es ist ein Gebot der Fairness und der Nachhaltigkeit, dass wir inskünftig die durch uns Autofahrer verursachten (Umwelt-)Kosten mindestens partiell und verstärkt selber tragen. Es geht nicht um «Mel-

kühe» oder «Abzockerei des Privatverkehrs», sondern um mehr Kostentransparenz und gelebte Kostenwahrheit. Dies befürworte ich auch als Vertreter der Landschaft, der selber wegen der Kombination von Beruf und Weiterbildung auf ein Auto angewiesen ist. Insbesondere aber tragen wir als Familien- und Mittelstandspolitiker eine Mitverantwortung für unsere Nachwelt. Wem etwas an einer intakten Umwelt und einer schönen Schweiz liegt, der nimmt diese angemessene Erhöhung in Kauf. Den Gegnern bleibt der Ausspruch von Abbé de Mably (1758): «Die Zukunft beunruhigt sie wenig; nach ihnen die Sintflut.»

RAPHAEL KOTTMANN, KANTONS RAT CVP, MAUENSEE

Nein zum Abbau von Föderalismus

Zur Abstimmung über die Zukunft der Regierungstatthalter am 24. November

Der Kanton Luzern hat erst seit dem Jahr 2008 eine neue Kantonsverfassung. Diese wurde in einer Volksabstimmung mit grossem Mehr angenommen. Wollen wir diese schon wieder zu einem Flickenteppich verkommen lassen?

Ich sage Nein. Das damals gewählte System mit den Regierungstatthaltern hat sich bewährt. Die Gemeinden haben einen direkten Ansprechpartner, und die Wege sind kurz und einfach. Die dezentrale Gemeindeaufsicht ist kundenfreundlich und bürgernah. Eine weitere Machtkonzentration in Luzern ist nicht angebracht und bedeutet eine Aufblähung des Verwaltungsapparats in Luzern.

Nein zum Abbau von Föderalismus. Nein zu einem System, das Mehrkosten verursacht. Nein zu einem Kompetenzabbau bei den Gemeinden. Darum Nein zur Abschaffung der Regierungstatthalter.

URS CHRISTEN, HERGISWIL BEI WILLISAU



Im Winterschlaf

Gut zugedeckt wartet dieses Boot unter goldigem Herbstlaub auf das Wassern im nächsten Frühling.

Leserbild Rita Räber, Gelfingen

Mehr Respekt für den innovativen Stadtrat

«Stadtrat muss über die Bücher», Ausgabe vom 8. November

Als interessierter Bürger der Stadt und Mitbeteiligter am ersten öffentlichen Forum über die Zukunft der Stadt Luzern bin ich befremdet über den Umgang der knappen GPK-Mehrheit mit dem Planungsbericht 2014-18 des Stadtrates.

Nach eingehendem Studium des ausführlichen Berichts komme ich nicht umhin, festzustellen, dass die (noch) kleine bürgerliche Mehrheit leider nicht merkt, dass sie immer mehr an der städtischen Bevölkerung und deren Bedürfnissen vorbeipolitisiert. Schon damals, im März 1980, war diese Mehrheit total überrascht über die 77 Prozent Nein-Anteile zum Musegg-Parking im Berg. Dasselbe geschah auch kürzlich wieder mit der autofreien Bahnhofstrasse. Wenn die

bürgerlichen Parteivertreter wiedergewählt werden möchten, täten sie gut daran, dem bald nicht mehr neuen, dafür umso innovativeren fünfköpfigen Stadtrat mehr Respekt entgegenzubringen.

Trotzreaktionen und Täubeln über die verlorenen Wähleranteile und den dritten bürgerlichen Stadtratssitz sind nicht zielführend für ein gemeinsames, in die Zukunft führendes Zusammenleben in unserer schönen Stadt.

Nichts wurde am Forum mehr erwähnt als die wunderschöne Lage, in der wir uns daheim fühlen dürfen. Tragen wir Sorge dazu!

ROLF T. SPÖRRI, LUZERN

LESERBRIEFE Unsere E-Mail-Adresse für Leserbriefe lautet: forum@luzernerzeitung.ch.

kleiner, starker Kaffee	↓	↓	Ausstellung	Einwand	Wildpflege	↓	Messer der Schuster	Heldis Grossvater	Adelstitel in England	Suche nach Antwort	↓	schleisches Fürstentum	↓	feucht (geografisch)	↓	Schultertücher	↓	schweiz. Universalität	grosser Lärm, Krach
-------------------------	---	---	-------------	---------	------------	---	---------------------	-------------------	-----------------------	--------------------	---	------------------------	---	----------------------	---	----------------	---	------------------------	---------------------